

# Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Oktober 2019

## Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

ja, es gab diese Woche auch andere Themen als den Vorschlag von Annegret Kramp-Karrenbauer zur Syrienpolitik. Aber bevor ich mich diesem Thema widme, möchte ich mich kurz einer für mich sehr wichtigen Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages aus dieser Woche zuwenden.

In der Aktuellen Stunde, die von der FDP beantragt wurde, ging es um Meinungsfreiheit. Anlässlich der Geschehnisse um Thomas de Maizière, Mike Mohring, Klaus-Dieter Gröhler, Christian Lindner, Bernd Lucke und vielen anderen, bei denen Veranstaltungen gestört und verhindert, Personen mit dem Tode bedroht und attackiert sowie Büros beschädigt wurden, muss man einmal ernsthaft diskutieren, wie es um die Meinungsfreiheit bestellt ist und wie man diese für alle zu schützen gedenkt. Auf den Verlust der Kinderstube einiger muss der Rechtsstaat eine klare Antwort finden. Meinungsfreiheit ist keine ausschließliche Freiheit, sondern erlegt uns allen ebenso die Pflicht auf, andere Meinungen als die eigene Position anzuhören, zu respektieren und zu schützen. Alles andere ist Totalitarismus und hat in Deutschland nichts verloren.

Damit komme ich zum Vorschlag von Annegret Kramp-Karrenbauer, eine internationale Sicherheitszone mit einem UN-Mandat im Norden Syriens einzurichten, den ich ausdrücklich unterstütze. Diese würde es ermöglichen, sowohl den Türken die geforderte Sicherheit vor kurdischen Rebellen zu geben, als auch die YPG, die erfolgreich gegen Assad gekämpft hat, zu schützen und einen zivilen Wiederaufbau zu ermöglichen. Zweifelsohne wäre es bis dahin ein weiter Weg. Allerdings ist Politik gerade dafür da, Lösungen auch für komplexe Probleme zu finden. Sich immer nur per Twitter über den Abzug der US-Amerikaner zu mokieren – wie es Außenminister Maas tut – und zu warten, bis sich Putin, Erdogan und Assad Syrien aufgeteilt haben, nicht aber bereit zu sein, die



Spannungen in Syrien durch Aktion nachhaltig zu beenden, und die Initiative der Bundesverteidigungsministerin als SMS-Diplomatie zu beklagen, ist mir zu wenig lösungsorientiert.

Lösungsorientiert waren dagegen viele Gesetze, die die Koalition in dieser Woche in den Bundestag eingebracht hat. Dazu gehören u.a. die Einführung eines Bundes-Klimaschutzgesetzes, das Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht, das Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags oder die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes. Verabschiedet wurden das Pflegegeldverbesserungsgesetz sowie die weitere steuerliche Förderung der Elektromobilität.

Als Berichterstatter meiner Fraktion im Auswärtigen Ausschuss hielt ich zudem eine Rede zum Antrag zur Stärkung der deutsch-indischen Beziehungen. Sie können diese hier nachlesen oder auf meiner Homepage ansehen.

Haben Sie eine gute und informative Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

*Markus Koob*



# Blick auf die aktuellen politischen Themen

Deutsch-indische Beziehungen • Verlängerung des ISIS-Mandates • Förderung Elektromobilität • Pflegelöhne • Namentliche Abstimmungen • Zahlen & Fakten

## Antrag, Diskussion und Rede:

### Deutsch-indische Beziehungen

Zur Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Indien finden am 1. November 2019 gemeinsame Regierungskonsultationen statt. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion betonen wir in diesem Zusammenhang die breiten und tiefen Beziehungen zwischen den Staaten, die sich nicht zuletzt in den seit 2011 zweijährig stattfindenden Treffen der Regierungschefs und weiterer Kabinettsmitglieder oder dem Status Indiens als „Globaler Entwicklungspartner“ Deutschlands zeigen. Beide Staaten eint das gemeinsame Interesse an einer liberalen, multilateralen und demokratischen Weltordnung. Wir haben die Bundesregierung daher mit unserem Antrag dazu aufgefordert, neben Japan und Australien auch Indien stärker als Partner in der Region einzubinden.



Bild: Gespräch zwischen der CDU/CSU-Fraktion, der Wissenschaft und der indischen Botschaft zu den deutsch-indischen-Beziehungen (v.l.n.r.: AG-Vorsitzender Jürgen Hardt, Prof. Dr. Amrita Narlikar vom GIGA, stellv. Fraktionsvorsitzender Johann Wadephul, I.E. Frau Mukta Dutta Tomar und Markus Koob

Anlässlich der deutsch-indischen Regierungskonsultationen kam die AG Auswärtiges der CDU/CSU-Fraktion diese Woche zudem mit Wissenschaftlern und der indischen Botschafterin zu einer sehr spannenden Diskussion mit dem Thema „Indien als Partner einer wertorientierten Außenpolitik“ zusammen.

In meiner gestrigen Rede im Plenum des Deutschen Bundestages unterstrich ich den großen Stellenwert Indiens für Deutschland:

*„Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte ist ein willkommener Anlass, die nächste Stufe der bilateralen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, aber auch zwischen der EU und Indien entschlossen anzugehen.“*

*Auch ich freue mich, dass die Botschafterin heute auf der Tribüne anwesend ist und dieser Diskussion folgt. Die indische Botschaft nimmt generell eine sehr wichtige Mittlerfunktion beim Aufbau der*

*freundschaftlichen Beziehungen unserer beiden Länder ein. Im Namen meiner Fraktion danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Botschafterin ganz herzlich für die Arbeit, die sie hier entsprechend machen.*

*Nach UN-Berechnungen wird die heute schon bevölkerungsreichste Demokratie im Jahr 2027 die Volksrepublik China als das bevölkerungsreichste Land der Erde abgelöst haben.*

*Mit diesem Umstand ergeben sich in den internationalen Beziehungen unweigerlich Wahrheiten. Indien wird mit einer rasant steigenden Geschwindigkeit ein immer wichtigerer Partner für die Europäische Union und Deutschland werden. Denn ohne Indien - das ist heute Abend schon angesprochen worden - wird vieles nicht gehen, was wir uns auf unserer Agenda vorgenommen haben.*

*Ohne Indien werden wir die Pariser Klimaziele nicht erreichen können, egal wie leidenschaftlich wir hier in Deutschland auch über den Einstieg in die CO2-Bepreisung im Moment reden.*

*Ohne Indien werden wir in Zeiten globaler Kräfteverschiebung und Ungewissheit nicht erfolgreich sein, wenn es um die Verteidigung des Multilateralismus geht.*

*Ohne die stark aufstrebende Wirtschaftsmacht Indien werden wir auch nicht die künftigen Standards der Weltwirtschaftsordnung so gestalten können, dass offene Märkte an die Stelle nationaler Abschottung treten.*



*Ja, es gehört zur Wahrheit, dass es auf Indien, auf die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern, aber auch auf die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Indien ganz maßgeblich ankommen wird. Daraus folgt: Wir müssen uns auf beiden Seiten mehr miteinander beschäftigen, unsere Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen. Dafür gibt dieser Antrag wertvolle Anstöße und Impulse.*

*Wir sollten uns fragen: Wie werden wir eigentlich in Zukunft auf den gegenwärtigen Geschichtsabschnitt zurückblicken, zum Beispiel aus der Perspektive des Jahres 2047, in dem die Republik Indien den 100. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit feiern wird? Was wird dann die Bestandsaufnahme der internationalen Ordnung sein, und welche Rolle werden die Wertepartner Indien und Deutschland dabei gespielt haben? Werden wir dann feststellen, dass es unter den Bedingungen von nationalen Egoismen, Handelskriegen und bewaffneten Konflikten gelungen ist, erfolgreich für unsere gemeinsamen Werte*

*wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, für die regelbasierte multilaterale Ordnung einzutreten? Wird es gelungen sein, durch eine erfolgreiche Sicherheitspartnerschaft dem internationalen Terrorismus Einhalt zu gebieten, wie das bereits Kollege Jürgen Hardt in seiner Rede erwähnt hat? Oder wird beispielsweise der Eintrag im Geschichtsbuch über die Weltwirtschaft lauten, dass es nicht einmal Verbündeten wie der EU und Indien gelungen ist, ein internationales Abkommen wie etwa ein Freihandelsabkommen abzuschließen?*

*Ich wünsche mir für unsere bilateralen Beziehungen, dass wir nicht nur bei der Identifikation von Potenzialen stehen bleiben. Wir müssen die Chancen, die sich für Indien, für die EU und für Deutschland ergeben, auch beherzt ergreifen.*

*Lassen Sie mich als relativ neues Mitglied im Auswärtigen Ausschuss an dieser Stelle hinzufügen: Ich würde mir wünschen, dass wir sehr viel häufiger strategische Fragen in diesem Haus besprechen, nicht immer nur die Krisen - über die müssen wir reden -, sondern auch strategische Fragen. Da gehört Indien dazu, da gehören aber auch die ASEAN-Länder dazu. Dieser Antrag heute sollte für uns auch eine Ermutigung sein, dass wir solche strategischen Zukunftsfragen viel häufiger ansprechen.*

*Eine Rede über Indien enthält meistens ein Zitat von Mahatma Gandhi. Das Zitat lautet: „Die Zukunft hängt davon ab, was du heute tust.“ - In diesem Sinne sollten wir heute beginnen. Lassen Sie uns das Band zwischen Indien und Deutschland noch weiter stärken. Lassen Sie uns gemeinsam vorgehen. Lassen Sie uns in einen neuen Abschnitt der wichtigen strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Indien eintreten.*

*Herzlichen Dank.“ ■*

### **2./3. Beratung:**

## **Irak und Syrien - Stabilisierung sichern, Wiedererstarken des IS verhindern, Versöhnung fördern**

**W**ir haben in namentlicher Abstimmung über die Verlängerung des Mandats zur Stabilisierung der Lage im Irak sowie zur Verhinderung des Wiedererstarkens des IS bis zum 31. Oktober 2020 abgestimmt. Gegenüber dem bisherigen Mandat sehen wir eine Absenkung der Personalobergrenze von 800 auf nun 700 Soldaten vor. Zwar ist im bisherigen Mandats-Zeitraum wesentliches schon erreicht worden – die territoriale Kontrolle des IS konnte zerschlagen werden. Dennoch ist eine Fortsetzung des Einsatzes angesichts der

Konsolidierung des IS im Untergrund auch weiterhin geboten. Der deutsche Beitrag umfasst die Ausbildung der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte sowie bis zum 31. März 2020 luftgestützte Aufklärungsflüge und Luftbetankungen. Die Ausbildungstätigkeiten können im gesamten irakischen Staatsgebiet in einer angemessenen Balance zwischen der irakischen Zentralregierung und – in Absprache mit dieser – der Region Kurdistan-Irak erfolgen. ■

### 2./3. Beratung:

## Förderung der Elektromobilität

**W**ir haben in zweiter und dritter Lesung einen Maßnahmenkatalog zur Förderung und Unterstützung von Elektromobilität beschlossen. Dies soll unter anderem über steuerliche Anreize wie Sonderabschreibungen für E-Lieferfahrzeuge, Steuerbefreiungen für vom Arbeitgeber gewährte Vorteile beim elektrischen Aufladen eines Elektrofahrzeuges oder Hybridwagens und die Förderung von Jobtickets geschehen. Das Gesetz regelt weitere steuerrechtliche Fragen wie etwa die Erhöhung der Verpflegungspauschalen für Dienstreisen oder die Erhöhung der Förderhöchstgrenze bei der Wohnungsbauprämie auf 700 beziehungsweise auf 1.400 Euro. Der Prämienatz wird dabei auf 10 Prozent angehoben. ■

### 2./3. Beratung:

## Pflegelöhneverbesserungsgesetz

**W**ir streben seit langem die Verbesserung der Entlohnung für Pflegekräfte an und haben dafür in zweiter und dritter Lesung eine Grundlage zur Festsetzung von Mindestentgelten in der Pflegebranche geschaffen. Zwei Wege werden zu diesem Ziel eröffnet: Zum einen die Erstreckung eines Tarifvertrages, der Entgelte auf Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes unter Beachtung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts regelt. Zum anderen bleibt die Festsetzung von Mindestentgelten durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf Grundlage eines Vorschlages der Pflegekommission erhalten. Das Gesetz soll ebenfalls Beschlüsse der Pflegekommission über die Empfehlung besserer Arbeitsbedingungen erleichtern. Nicht zuletzt streben wir die Verlängerung der Regel an, nach der ältere Arbeitnehmer mit Vermittlungshemmnissen über die allgemeine Höchstdauer von einem Jahr hinaus bis zu 36 Monate mit einem Eingliederungszuschuss gefördert werden können. ■

### Namentliche Abstimmungen:

## Überdurchschnittliches Fehlen von AfD-Abgeordneten

**E**ine Untersuchung des ARD-Magazins Kontraste hatte kürzlich gezeigt, welche Abgeordneten am häufigsten bei namentlichen Abstimmungen im Deutschen Bundestag fehlten. Demnach hat die AfD die höchste Fehlquote von allen Fraktionen. Sie liegt bei 13,57 Prozent. AfD-Politiker begründen ihre überdurchschnittliche Abwesenheit in Interviews damit, dass sie in der parlamentarischen Wirklichkeit angekommen seien und festgestellt hätten, dass die Arbeit eines Abgeordneten nicht nur im Plenarsaal stattfindet. Ich beglückwünsche die AfD zu dieser Erkenntnis.

Auch die Fehlquoten von FDP (12,95%) und Linke (12,74%) sind überdurchschnittlich, die von SPD (10,39%) und Grünen (9,16%) dagegen unterdurchschnittlich. Am wenigsten fehlten aber die Abgeordneten aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (8,64%). Meine persönliche Fehlquote liegt im Übrigen in den vergangenen sechs Jahren und 332 namentlichen Abstimmungen bei 0 Prozent. ■

### Zahlen und Fakten I:

## Wanderungssaldo pendelt sich ein

**D**as Wanderungssaldo von Ost- nach Westdeutschland entwickelt sich immer mehr in Richtung eines ausgeglichenen Verhältnisses. Zog es im Jahr der Wiedervereinigung noch 11,4 Personen je tausend Einwohner Richtung Westen, ging dieser Wert bis zum Jahr 2000 auf 5,5 und im Jahr 2010 auf 1,8 zurück. 2017 kamen erstmals mehr Menschen in die neuen Länder als von dort abwanderten – ein Trend, der auch 2018 anhält. Ein herausragendes Beispiel ist etwa die Stadt Leipzig, die zwischen 2007 und 2017 um fast 72.500 Einwohner wuchs. Eine Entwicklung, die sich nach Prognosen wohl fortsetzen wird (Quelle: DeStatis, Stadt Leipzig). ■

### Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel 030/227-75549  
[markus.koob@bundestag.de](mailto:markus.koob@bundestag.de)  
[www.markus-koob.de](http://www.markus-koob.de)